Bericht

des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr 348 der Beilagen) betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Gesundheitsfondsgesetz geändert wird

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss hat sich in seiner Sitzung vom 29. Februar 2012 in Anwesenheit von Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer geschäftsordnungsgemäß mit der zitierten Vorlage der Landesregierung eingehend befasst.

Auf der Expertenbank waren Frau Mag. Hofinger (Leiterin der Abteilung 11) und Hofrat DI Dr. Haslinger (Leiter SAGES) vertreten.

Aus den Erläuterungen zur Vorlage der Landesregierung wird Folgendes festgehalten:

§ 16 Abs 1 SAGES-Gesetz sieht derzeit für die Förderung von krankenhausentlastenden Planungen, Projekten und Maßnahmen (9. Teilbetrag, im Folgenden kurz "Strukturmittel" genannt) einen jährlichen Betrag von € 5.879.100,-- (im Jahr 2005; im Jahr 2011 € 6.612.400,--) vor, der nach Maßgabe der Entwicklung des Verbraucherpreisindexes wertgesichert ist. Die im Gesetz ergänzend erwähnte Dotierung mit Mitteln gemäß § 12 Abs 3 Z 1 SAGES-Gesetz (restliche Ausgleichsmittel) ist nicht praxisrelevant, da diese Ausgleichsmittel für die primär angeordnete Zweckerfüllung schon nicht mehr ausreichen, so dass von "verbleibenden Mitteln" im Sinn des § 12 Abs 3 SAGES-Gesetz keine Rede sein kann.

Der gemäß § 16 Abs 1 SAGES-Gesetz zur Verfügung stehende Strukturmittelbetrag reicht mittlerweile nicht mehr aus, um alle bereits konkret geplanten Projekte ausreichend finanzieren zu können. Insbesondere zeigen sich ab dem Jahr 2013 absehbare Finanzierungslücken für folgende Vorhaben:

- Das neu zu errichtende Tageshospiz der Hospizbewegung benötigt ergänzend zur laufenden Förderung (im Jahr 2011 € 88.000,--) einen jährlichen Mehrbetrag in der Höhe von ca € 210.000,-- (auf der Basis des Jahres 2011).
- Das neue Hebammenzentrum Oberpinzgau in der Stadtgemeinde Mittersill benötigt jährliche Strukturmittel bis zu € 102.000,-- (ebenfalls auf Basis des Jahres 2011).
- Das neue Pflegezentrum auf dem Gelände der Christian-Doppler-Klinik mit 88 Betten für Menschen mit besonderen Bedürfnissen (davon 19 für Patientinnen und Patienten mit Multip-

ler Sklerose, zehn für Wachkomapatientinnen und -patienten, 29 für Demenzerkrankte, sechs für Personen mit Chorea Huntington und 24 für Patientinnen und Patienten mit chronisch neurologischen Erkrankungen bzw Schädigungen nach Schlaganfällen) benötigt jährliche Strukturmittel von ca € 200.000,-- für die Behandlung der Wachkomapatientinnen und -patienten (ebenfalls auf der Basis des Jahres 2011).

Alle drei genannten Maßnahmen sind gesundheitspolitisch im höchsten Maß sinnvoll und können einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung des intramuralen Bereiches leisten. Daher hat sich die Gesundheitsplattform ebenfalls mit der dargestellten Problemlage befasst und am 28. April 2011 zu den ersten beiden Maßnahmen folgenden Beschluss gefasst:

"Zur Sicherstellung der Finanzierung des neuen Tageshospizes der Hospizbewegung Salzburg und des Hebammenzentrums Mittersill werden die Landesregierung und der Landtag ersucht, eine Novellierung des § 16 Abs 1 SAGES-G über den Teilbetrag für die Förderung von krankenhausentlastenden Planungen, Projekten und Maßnahmen vorzunehmen."

Zur dritten Maßnahme wurde in einer Besprechung am 14. September 2011 zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung, des Österreichischen Städtebundes und des Salzburger Gemeindeverbandes vereinbart, dass "der Bau und die Inbetriebnahme des CDK-Pflegeheims die Zustimmung des Österreichischen Städtebunds, Landesgruppe Salzburg und des Salzburger Gemeindeverbandes findet, sofern der untenstehende Punkt erfüllt ist:

- Eine SAGES-Novelle wird mit dem Inhalt in die Wege geleitet, dass die SAGES-Strukturmittel so erhöht werden, dass damit die Kosten für die zehn Betten mit WachkomapatientInnen im CDK-Pflegeheim abgedeckt werden können. Laut vorliegenden Unterlagen wird diese Entlastung ungefähr ein Volumen von € 200.000,-- pa aufweisen."

Der Entwurf zur Änderung des SAGES-Gesetzes enthält die Umsetzung des Beschlusses der Gesundheitsplattform und des Besprechungsergebnisses vom 14. September 2011. Ab dem Jahr 2013 sollen die Strukturmittel um einen Betrag von € 512.000,-- (Basis 2011) aufgestockt werden. Dieser Betrag soll in gleicher Weise wie die bereits jetzt gewährten Strukturmittel nach Maßgabe der Entwicklung des Verbraucherpreisindex valorisiert werden, wobei die erste Anpassung bereits im Jahr 2012 (also noch vor der erstmaligen Auszahlung) erfolgen soll. Entsprechend der bereits bekannten VPI-Entwicklung zwischen dem Mai 2010 und dem Mai 2011 (3,3 %) und den vorliegenden Prognosen für die Preisentwicklung zwischen dem Mai 2011 und dem Mai 2012 (ca 2,6 %) ist für das Jahr der erstmaligen Auszahlung (2013) mit einem Betrag in der Höhe von ca € 540.000,-- zu rechnen.

Nach Aufruf des Verhandlungsgegenstandes durch Abg. Dr. Schlömicher-Thier (SPÖ) weist dieser auf die Krankenhäuser entlastenden Maßnahmen hin. Bei den drei in den Erläuterungen genau dargestellten Projekten handelt es sich um wichtige Erfolgsprojekte. Vor allem das Pflegeheim Mülln (die ehemalige Leprosenstation) sei auf Grund der Baufälligkeit des Gebäudes

zu verlegen. In der CDK wurde eines nach Primar Univ.-Prof. Dr. Ladurner benanntes Pflegezentrum geschaffen. Sodann geht der Berichterstatter auf den Wandel im Pflegebereich ein. Auch das Hebammenzentrum in Mittersill sei ein Erfolgsprojekt.

Klubobfrau Abg. Mag. Rogatsch (ÖVP) ergänzt, dass auch auf dem Gebiet der Tageshospiz viel notwendig sei. Auf diesem Gebiet werde auch sehr viel getan, außerdem läge die Zustimmung in der Gesundheitsplattform vor. Die eingesetzten Mittel seien im höchsten Maße gerechtfertigt.

Auch Abg. Schwaighofer (Grüne) kündigt die Zustimmung der Grünen unter der Bedingung an, dass verschiedene Fragen von den Experten beantwortet werden. Dazu zählen etwa die Fragen nach der Zustimmung in der Gesundheitsplattform, zu finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Krankenhäuser ua.

Abg. Wiedermann (FPÖ) verlangt, dass das Pflegezentrum in der CDK möglichst bald verwirklicht werde.

Sodann nimmt Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer Stellung und erklärt, dass für alle drei in der Regierungsvorlage genannten Projekte die Zustimmung in der Gesundheitsplattform vorlägen. Allerdings konnten diese nicht gleichzeitig erwirkt werden.

Frau Mag. Hofinger (Leiterin der Abteilung 9) weist darauf hin, dass sich die nunmehr vorgesehenen Maßnahmen positiv auf die Krankenhäuser im Sinne einer Entlastung auswirken werden. Wachkomapatienten sollten aufgrund der hohen Erfordernisse an medizinischen Apparaten in der Intensivmedizin nicht in den üblichen Pflegeeinrichtungen auf Dauer betreut werden. Insofern würde das neue Pflegezentrum Entlastungen für Krankenhäuser bringen, weil ansonsten unter den derzeitigen Bedingungen Wachkomapatienten oft in den Krankenanstalten verbleiben müssten.

Nach Austausch der Argumente kommen die Ausschussmitglieder übereinstimmend zur Auffassung, dem Landtag die Zustimmung zum Gesetz zu empfehlen.

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellt mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen – sohin einstimmig – den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Das in der Vorlage der Landesregierung Nr 348 der Beilagen enthaltene Gesetz wird zum Beschluss erhoben.

Salzburg, am 29. Februar 2012

Der Vorsitzende:

Kosmata eh

Der Berichterstatter:

Dr. Schlömicher-Thier eh

Beschluss des Salzburger Landtages vom 28. März 2012:

Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen – sohin einstimmig – zum Beschluss erhoben.